N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 22.02.2018

öffentlich

Ort:	**im Stadthaus, Kleiner Saal Marktplatz 2 06108 Halle**
Zeit:	**17:02 Uhr bis 18:33 Uhr**
Anwesenheit:	**siehe Teilnahmeverzeichnis**

Anwesend waren:

Mitglieder:

Marion Krischok	Ausschussvorsitzende, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 17:15 Uhr
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Senius
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, Vertreterin für Frau Dr. Schöps
Marianne Böttcher	Sachkundige Einwohnerin
Hartmut Büchner	Sachkundiger Einwohner
Jörg Erdsack	Sachkundiger Einwohner
Carsten Hoheisel	Sachkundiger Einwohner
Tobias Neumann	Sachkundiger Einwohner
Levin Velt	Sachkundiger Einwohner
Heinz-Dieter Wilts	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister
Ralf Borries	Leiter Fachbereich Rechnungsprüfung
Christine Hahnemann	Leiterin Fachbereich Personal
Dagmar Schulz	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Mario Schaaf	Sachkundiger Einwohner

zu Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Krischok eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen und **Frau Krischok** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte/-innen: **einstimmig zugestimmt**

3. Genehmigung der Niederschrift
3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2017
3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2017
4. Beschlussvorlagen
4.1. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Personalprüfung"
Vorlage: VI/2017/03661
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 01.11.2017

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift und **Frau Krischok** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte/-innen: **einstimmig zugestimmt**

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2017

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift und **Frau Krischok** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohner/-innen: **einstimmig zugestimmt**

Abstimmungsergebnis Stadträte/-innen: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) durch den Landesrechnungshof mit dem Schwerpunkt "Personalprüfung" Vorlage: VI/2017/03661

Herr Geier wies auf die Verschwiegenheitsklausel hin, welche für die Stadträtinnen und Stadträte gilt.

Herr Geier führte in die Vorlage ein und begründete diese.

Herr Wilts bat, eine Anfrage an den Landesrechnungsprüfungshof zu stellen, ob die Kompetenz des Bearbeiters zur Prüfung vorlag.

Herr Schiedung fragte, warum die Unterlagen erst jetzt zur Verfügung stünden.

Herr Geier antwortete, dass die Verwaltung um eine Fristverlängerung für die Stellungnahme bat, der der Landesrechnungshof zustimmte. Für die Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss zur Stellungnahme wurde das erste Quartal 2018 anvisiert.

Herr Büchner merkte an, dass konkrete Punkte des Landesrechnungshofes in der Stellungnahme der Verwaltung nicht aufgenommen wurden.

Herr Wilts fragte, wer die Stellungnahme verfasst hat. Nach § 137 Abs. 6 KVG leitet der Hauptverwaltungsbeamte den Prüfbericht mit seiner Stellungnahme weiter.

Herr Geier antwortete, dass der Hauptverwaltungsbeamte der Adressat ist und dies zur Bearbeitung weiterleitet.

Herr Wilts teilte mit, dass es wichtig ist, den Verfasser der Stellungnahme aufzuzeigen und die zeitliche Verzögerung mit zu erwähnen.

Herr Schiedung schlug vor, die einzelnen Punkte in mehreren Ausschusssitzungen zu besprechen.

Frau Winkler sagte, dass es nicht realistisch sei alle geprüften Personalien durchzugehen. Sie schlug vor, nur die 10 % strittigen Personalien zu diskutieren.

Herr Doege sagte, dass die Verwaltung die strittigen Personalien vorlegen sollte.

Frau Krischok stimmte dem zu.

Herr Wilts fragte, wer die Stellungnahme der Verwaltung prüft.

Herr Geier antwortete, dass erst nach Zustimmung der Stadträte*innen zur Stellungnahme der Verwaltung, der Landesrechnungshof reagiert. Bezüglich der Personalien wird eine monatliche Berichterstattung im Personalausschuss erfolgen.

Herr Wilts fragte, ob die Stelle oder der KW-Vermerk gestrichen wurde. (Seite 3, Pkt.4, zu 5a6)

Herr Geier antwortete, dass mit Ausscheiden des Stelleninhabers die Stelle entfällt.

Frau Krischok bat den Vermerk zu ergänzen.

Herr Doege bat um eine ausführlichere Stellungnahme zur Seite 3, Punkt 5.

Herr Wilts fragte, wer bei der Umstellung auf Doppik 2012 alle städtischen Leistungen beschlossen hat. (Seite 3, E IV)

Frau Krischok antwortete, dass der Stadtrat dies beschlossen hat.

Herr Büchner fragte, warum die Stadt, entgegen dem Landesrechnungshof, der Meinung ist, dass der Produktplan den Aufgabengliederungsplan ersetzt.

Frau Hahnemann antwortete, dass der Produktplan der Aufgabengliederungsplan ist.

Herr Geier ergänzte, dass in der Kameralistik es die Kämmerei gab und die wurde im Aufgabengliederungsplan abgebildet. Aufgrund der Einführung der Doppik gibt es vier Aufgaben in der Kämmerei und diese werden im Produktplan dargestellt.

Frau Hintz fragte, wer bei Mehrausgaben kritisch hinterfragt. (Seite 4, Pkt. F)

Frau Hahnemann antwortete, dass es sich auf die 6,1 Millionen Euro bezieht, welche auf Grund falscher Eingruppierung gezahlt wurden. Die Angestellten haben dafür gearbeitet und es wurde ein Stellenwert erstellt und die Differenz dazu.

Herr Doege fragte, warum der Landesrechnungshof den TVöD-Bund herangezogen hat, ist ein Wechsel vom TVöD-VKA zum TVöD-BUND möglich.

Frau Hahnemann verneinte dies. Die Stadtverwaltung ist an den TVöD-VKA gebunden.

Herr Doege sagte, dass die Stellungnahme zur Stufenzuordnung nicht ausreichend ist.

Frau Hahnemann teilte mit, dass seit 2014 eine neue Stufenzuordnung erfolgte und das Vieraugenprinzip angewandt wird.

Herr Büchner fragte, ob trotz der detaillierten Arbeitsplatzbeschreibung ein Ermessensspielraum ausgeübt werden kann. (Seite 8, Zeile 4)

Herr Geier antwortete, dass hier die herrschende Meinung der Arbeitsrechtsgerichtsbarkeit dargestellt wird und den Kommentierungen. Die Eingruppierung erfolgt auf Grund einer Bewertung der eingereichten Unterlagen.

Herr Doege fragte, ob man bei den 10 % strittiger Fälle den Ermessensspielraum anwenden kann.

Herr Geier antwortete, dass bei unzureichenden Unterlagen zur Eingruppierung der Landesrechnungshof weitere Ergänzungen abgefordert hat, beispielsweise Nachweise oder Zeugnisse.

Herr Doege fragte, ob außer vorgelegten Unterlagen auch frühere Tätigkeiten eine Äquivalenz bei der Stellenbewertung darstellen.

Herr Wilts fragte, wie der Begriff „vollumfänglich“ definiert wird. (Punkt IV, Seite 8)

Frau Hahnemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Winkler sagte, es kann nur eine Prüfung nach Plausibilität erfolgen.

Frau Hahnemann sagte, dass es bei den 28 strittigen Fällen nicht nur um falsche Stufenzuordnung geht.

Herr Doege bat um weitere Ausführungen zur Stellungnahme und die Unterzeichnung durch den Oberbürgermeister.

Frau Krischok legte den 08.03.2018 als Termin für konkrete Fragen an die Verwaltung fest.

Herr Doege bat um Benennung der strittigen Stellen.

Herr Büchner fragte, wie der Landesrechnungshof auf 6,1 Mio. Euro unberechtigt gezahlter Gelder kommt, wenn laut Stellungnahme der Verwaltung von 280 geprüften Stellen nur 10 % unklar sind und auch die Personalkosten der Stadt Halle (Saale), im Vergleich mit anderen Städten (Magdeburg, Dessau-Roßlau) eher gering sind.

Herr Geier sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Borries erläuterte, dass beispielsweise ein Angestellter mit der E 13 eingruppiert wurde, dem Landesrechnungshof noch Unterlagen zur Eingruppierung fehlten und somit die Bezahlung als falsch angerechnet wurde. So entsteht bei 10 % strittiger Fälle eine hohe Summe.

Herr Doege bat um Überarbeitung der Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der Seiten 46 bis 64 des Prüfberichtes.

Herr Wilts wies darauf hin, dass der Stadtrat die Stellungnahme zu dem überörtlichen Prüfbericht, nach § 45 KVG, macht.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Krischok** ließ über die Vertagung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Stellungnahme der Stadtverwaltung Halle (Saale) zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt „Personalprüfung“.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Information zum Landesrechnungshof

Herr Borries informierte über eine vom Landesrechnungshof angekündigte Prüfung von Kommunen und Zweckverbänden des Landes Sachsen-Anhalt mit dem Schwerpunkt „Derivatgeschäfte und deren Auswirkungen auf die Haushalts- und Wirtschaftsführung von Kommunen und Zweckverbänden“. Die örtliche Prüfung bei der Stadt Halle wird momentan durchgeführt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Information zum Ehrenkodex

Herr Borries informierte über die Thematik „Ehrenkodex“ für den Stadtrat und bat die Mitglieder des Ausschusses, sich für eine Verabschiedung des Ehrenkodex im Stadtrat einzusetzen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Rupsch zum TOP 7.1

Herr Rupsch fragte, welcher Grund für die Prüfung der „Derivatgeschäfte und deren Auswirkung“ vorliegt.

Herr Borries antwortete, dass es im letzten Jahr eine Abfrage bei den Kommunen zu Derivatgeschäften gab und als Folge einige Kommunen überprüft werden.

zu 8.2 Frau Hintz zum TOP 7.2

Frau Hintz fragte, wer den Ehrenkodex geschrieben hat.

Herr Borries antwortete, dass der Ehrenkodex an ein Muster von Transparency International angelehnt ist.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Frau Krischok beendete den öffentlichen Teil der Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Marion Krischok Ausschussvorsitzende	Dagmar Schulz stellv. Protokollführerin